

Schweiz



Gefragte Spezialisten: Auf dem Dach der Swisspor-Arena in Luzern wird eine Fotovoltaikanlage montiert. Foto:Urs Flüeler (Keystone)

Für die Energiewende fehlen Tausende von Handwerkern

Fachkräftemangel Der Bund befürchtet, dass es zu wenig Personal gibt, um die Häuser rechtzeitig klimatauglich zu machen. Nun lanciert er eine Bildungsoffensive.

Stefan Häne

Was nützen Pläne der Politik, wenn sie an der Umsetzung scheitern? In dieser Ausgangslage befindet sich, zugespielt formuliert, ein Megaprojekt des Bundes: die Energie- und Klimawende. Dem Gebäudesektor kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu, auf ihn entfällt etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen der Schweiz. Doch ausgerechnet in diesem Bereich gibt es zu wenige Fachkräfte.

«Die Lage spitzt sich zu», sagt Kornelia Hässig, die beim Bundesamt für Energie (BFE) den Dienst Aus- und Weiterbildung Energiebereich leitet. Das BFE befürchtet, dass es zu wenige und zu wenig kompetente Fachkräfte geben wird, um die notwendigen Massnahmen rechtzeitig umzusetzen. Dazu gehört etwa, Fotovoltaikanlagen zu installieren, Öl- oder Gasheizungen durch Wärmepumpen zu ersetzen oder Wände und Fenster von Gebäuden besser zu dämmen.

Immer komplexere Anfragen

Illustrieren lässt sich das Problem anhand der Fotovoltaik-Branche. Dort arbeiten Personen im Umfang von rund 5500 Vollzeitstellen. Bis 2030 müssen es laut BFE aber mindestens 12'000 sein, damit der geplante Ausbau der Solarenergie gelingen kann. 2020 hat die Fotovoltaik knapp 3 Terawattstunden Strom geliefert, also etwa 5 Prozent des Gesamtverbrauchs in der Schweiz. 2030 sollen es gemäss den Plänen des Bundes 8,4 Terawattstunden sein, 2050 gegen 34.

Gespräche mit Branchenvertretern bestätigen den Befund. «Uns fehlen Fachkräfte», sagt zum Beispiel Samuel Summer-

matter von der BE Netz AG in Luzern. Die Firma ist spezialisiert auf Strom aus Wärme und Sonne sowie Heizungsersatz. Das Interesse der Hauseigentümer ist zuletzt stark gestiegen, pro Woche gehen 50 Anfragen ein. Und diese sind zudem komplexer geworden, geben also mehr zu tun, zum Beispiel weil heute vermehrt

«Da es sich um eine Wachstumsbranche handelt, ist die Beschäftigung garantiert.»

Kornelia Hässig
Bundesamt für Energie

Lösungen gefragt sind, bei denen die Hausbesitzer den Strom der eigenen PV-Anlage direkt für das eigene Elektroauto brauchen wollen. Die Auftragsbücher seien für ein halbes Jahr voll, so Summermatter.

Eines der Probleme: Es gibt heute keine eigene Berufslehre für den sogenannten Solarateur, also jene Fachleute, die von der Planung bis zur Installation der Solaranlagen alles übernehmen. Meist sind es Dachdecker oder Elektroinstallateure, welche sich weiterbilden.

Das soll sich nun aber ändern, wie der Branchenverband Swissolar bestätigt. «Wir arbeiten mit Hochdruck daran, eine Berufslehre aufzubauen», erklärt Geschäftsführer David Stickelberger. Swissolar will in den nächsten drei Monaten beim

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) den Antrag auf Schaffung der neuen Berufslehre stellen. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden. Stickelberger rechnet damit, dass die ersten Lehrlinge im August 2024 starten können. Falls die Zusammenarbeit mit dem SBFI reibungslos klappe, vielleicht schon ein Jahr früher.

Das Problem beschränkt sich nicht nur auf den Solarbereich. Der ganze Gebäudepark braucht einen umfassenden Erneuerungsschub. So müssen gegen eine Million fossiler Heizungen durch erneuerbare Heizungssysteme ersetzt und Hunderttausende von Gebäuden besser isoliert werden.

Eine Männerdomäne

Zwar gibt es fast überall genügend Hilfskräfte, um solche Arbeiten auszuführen. Laut Branchenvertretern fehlt es aber oft an ausgebildeten Fachkräften und Kaderleuten. Solche Mitarbeiter wenden sich oft vom Baugewerbe ab und wechseln in andere Branchen. Quereinsteiger können diese Abwanderung nicht aufwiegen, was den Fachkräftemangel noch verstärkt. Zudem ist die Branche mit einem Frauenanteil von unter 15 Prozent nach wie vor eine Männerdomäne.

Der Bund hat deshalb unlängst eine Bildungsoffensive gestartet. Vertreter des Bundes erarbeiteten letztes Jahr mit Akteuren der Gebäude- und der Bildungsbranche eine Roadmap mit 32 Massnahmen. Erklärtes Ziel ist es, neue Fachkräfte zu gewinnen, bestehende Fachkräfte im Beruf zu behalten und die Kompetenzen der Fachkräfte zu stärken.

Dabei gibt es viele Probleme zu lösen, wie der Bericht «Bil-

dungsoffensive Gebäude» des Bundes offenlegt: Die Branche kämpft mit «hohen Durchfall- und Abbruchquoten in der beruflichen Grundbildung». Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei schlecht, die Berufe körperlich anstrengend, das Arbeitsklima sei «generell frauenunfreundlich», die Löhne eher tief, das Arbeitspensum überdurchschnittlich hoch.

«Image verbessern»

Hier müsse die Branche ansetzen, sagt BFE-Expertin Hässig. «Sie muss wirksame Massnahmen umsetzen und damit ihr Image verbessern.» Die Branche biete durchaus attraktive Arbeitsplätze mit Karrieremöglichkeiten. «Da es sich um eine Wachstumsbranche handelt, ist die Beschäftigung garantiert.»

Die Roadmap hat keinen verbindlichen Charakter. Der Bund stellt rund eine Million Franken zur Verfügung. Das Geld soll helfen, Projekte in der Branche zu initiieren. Die Hauptlast muss aber die Branche tragen. Die diversen Akteure müssen also gewillt sein, personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen sowie branchenübergreifend zusammenzuarbeiten.

Das birgt Risiken. «Die Herausforderung wird sein, ein kontinuierliches Engagement der Gebäudebranche aufrechtzuerhalten», heisst es im Bericht des Bundes. Schlimmstenfalls bleibe die Roadmap ein Papier und werde nicht umgesetzt. Hässig vom BFE zeigt sich aber zuversichtlich: «Es ist klar der Wille spürbar, dass die verschiedenen Branchenakteure in Zukunft stärker zusammenarbeiten und die Probleme mit vereinten Kräften angehen wollen.»

Oberaufsicht empfiehlt Sicherheitsprüfung

Ruag International Wie schützt man sensible Daten des Technologiekonzerns wirksam?

Vor einem Verkauf des Technologiekonzerns Ruag International oder Teilen davon soll geprüft werden, ob sich sensible Daten in Archiven und Back-ups befinden, die in fremde Hände gelangen könnten. Das empfiehlt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats.

Schon 2016 war ein grosser Cyberangriff auf die frühere Ruag bekannt geworden, der gravierende Mängel in der Informatik ans Licht brachte. Anlass der aktuellen Untersuchung der Informationstechnologie (IT) bei Ruag International durch externe Experten war ein Fernsehbericht der SRF-«Rundschau» von Mitte Mai 2021, gemäss dem es einen erneuten Hackerangriff auf das Unternehmen gegeben haben soll.

In der Folge hatten sich zwar «keine erhärteten Belege» für einen «Hack» finden lassen. Allerdings wurden «schwerwiegende Mängel in der Informationssicherheit» entdeckt, wie es im gestern veröffentlichten Bericht der GPK heisst. Die Kommission bemängelt, in der Vergangenheit zu wenig transparent über den Stand der Entflechtung der Ruag informiert worden zu sein.

«Periodische Tests»

Die Oberaufsichtskommission zeigt sich überdies «überrascht», dass Ruag International ihre IT «nicht schon früher von einer spezialisierten Firma testen liess». Es sei «unverständlich», dass der Technologiekonzern die Mängel nicht früher erkannt habe. Die GPK ist der Ansicht, «dass solche Tests periodisch stattfinden sollten, im Interesse der Unternehmen, aber auch im Interesse des Bundes als Eigner». «Angemessen reagiert» haben laut der Geschäftsprüfungskommission die zuständigen Bundesstellen. Sie begrüsst auch, dass Ruag International selber rasch die nötigen Massnahmen einleitete und externe Experten beauftragte, um die Vorwürfe gründlich zu prüfen.

Vor einem Verkauf von Ruag International solle der Bundesrat aber zusätzliche Massnah-

men prüfen, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass sich sensible Daten in Archiven und Back-ups befinden und bei einem Verkauf von Teilen von Ruag International in fremde Hände gelangen könnten, heisst es im Bericht weiter.

Möglich wäre aus Sicht der GPK insbesondere eine zusätzliche und gezielte Datenprüfung vor jedem Verkauf. Die Kommission werde diese Frage mit den zuständigen Stellen im Finanz- und im Verteidigungsdepartement klären. Ebenso werde sie weitere Auskünfte sowie eine Bestätigung der Löschung der Daten auf den Systemen von Ruag International verlangen.

Schon 2016 brachte ein grosser Cyberangriff gravierende Mängel in der Informatik ans Licht.

Der Bundesrat kann nun bis 25. März 2022 Stellung zum GPK-Bericht und dessen Empfehlungen nehmen. Die Landesregierung hatte im Sommer 2018 die Aufspaltung der Ruag in einen internationalen und einen für die Schweizer Armee tätigen Teil beschlossen. Das international tätige Luft- und Raumfahrttechnologieunternehmen Ruag International soll schrittweise privatisiert werden.

Was den zurzeit diskutierten Verkauf der Ruag-Tochter Ammotec betrifft, gab die Eidgenössische Finanzkontrolle Entwarnung betreffend Datensicherheit: Da die Informatik von Ammotec bereits seit 2014 weitgehend von jener von Ruag International getrennt sei und Ammotec keinen Zugriff auf Ruag-Daten habe, schätzt die Finanzkontrolle das Risiko, dass bei einem Verkauf heikle Daten abfliessen, als klein ein. (sda)

Alleinerziehende Frauen kämpfen am häufigsten mit finanziellen Problemen

Studie Alleinerziehende Frauen leben im Vergleich zu Menschen in anderen Lebensumständen am häufigsten in schwierigen finanziellen Situationen. 35 Prozent der von Frauen geführten Einelternhaushalte verfügten 2015 nur über geringe oder sehr geringe finanzielle Mittel.

Sie hatten damit pro Jahr zwischen 31'735 und 38'082 Franken zur Verfügung. Das zeigt eine Studie, die das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) gestern veröffentlichte. Das BSV hält fest, dass die Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, die Integration in den Arbeitsmarkt und die Investition in Bildung zentrale Voraussetzungen bleiben, um die finanzielle Situation von Eineltern- und Einpersonenhaushalten zu verbessern. Das BSV orientierte sich bei den Berechnungen am Medianeinkommen eines Haushalts

von 63'470 Franken. Einkommen, die zwischen 50 und 60 Prozent des Medianwerts betragen – also zwischen 31'735 und 38'082 Franken –, werden als «geringe» beziehungsweise «sehr geringe» Einkommen bezeichnet.

Bei den von einem Mann geführten Einelternhaushalten waren 17 Prozent und bei Ehepaaren mit Kind oder Kindern 15 Prozent von den geringen oder sehr geringen Einkommen betroffen. Bei Paaren ohne Kinder lagen nur 9 Prozent unter dem Grenzwert für geringe finanzielle Mittel.

Insgesamt verfügten 8,2 Prozent der Haushalte 2015 nur über ein «sehr geringes» Einkommen. Zwischen Personen im Erwerbs- beziehungsweise im Rentenalter gab es dabei kaum einen Unterschied. Für die Studie wurden Steuerdaten von 4,5 Millionen Personen in 11 Kantonen durchleuchtet. (sda)